

den Pol und integrierende Persönlichkeit gezeigt werden sollte, der die trotz aller Partei-spannungen und Fluktuationen in der Führung angeblich vorhandene Kontinuität nach außen und innen repräsentierte.

Nicht ohne weiteres mit seinen Thesen, sicherlich jedoch mit der Breite der Konzeption und der Akribie hinsichtlich Ermittlung und Auswertung der Quellen hat Hermann Weber Maßstäbe gesetzt, die bei der zukünftigen Erforschung des deutschen Kommunismus in der Nachkriegskrise und in der republikanischen Endphase nicht außer acht gelassen werden können.

Kurt Klotzbach

Friedrich-Wilhelm Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 89), Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1971, 219 S., brosch., 25 DM.

Untersuchungen zur regionalen und lokalen Parteigeschichte der deutschen Sozialdemokratie sind zu Recht wieder in Mode gekommen. Mit einer erfreulichen Erweiterung des methodischen Spektrums werden in der Regel nicht mehr nur die Linien ideologischer Richtungskämpfe zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis in Abweichung und Parallele zur Gesamtpartei nachgezeichnet, sondern es rücken auch die jeweiligen lokalspezifischen Charakteristika der unteren Parteiformationen, die Interdependenz zwischen ihren sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Umweltbedingungen, ihren inneren Verfassungsstrukturen und ihren politischen Zielsetzungen stärker ins Zentrum wissenschaftlicher Analyse, um in der Verbindung mit landesgeschichtlichen und modernen sozialhistorischen Ansätzen variable Faktoren der innerparteilichen Meinungsbildung und generelle Reaktionen für eine kritische Gesamthistoriographie der Sozialdemokratie herauszupräparieren. In der Epoche der Weimarer Republik bedarf dazu jene weitverbreitete These, welche das Scheitern der parlamentarisch-demokratischen Staatsform zu Versagen und Versäumnissen der Sozialdemokratie in Beziehung setzt, der Überprüfung namentlich an solchen politischen Einheiten, in denen die SPD mindestens zeitweise in einem größeren Entscheidungsspielraum regieren und verwalten konnte als unter dem Koalitionszwang im Reich und selbst in Preußen. Der Verfasser der vorliegenden Studie, einer Hamburger Dissertation, ist sich der historiographischen Gesamtproblematik wohl bewußt, kann ihr aber in der Durchführung nicht in jeder Hinsicht voll genügen.

Wie auf Reichsebene suchte in Hamburg die Führung der Mehrheitssozialdemokraten — die Unabhängigen klammert der Verfasser aus — die revolutionären Energien in parlamentarische Bahnen zu lenken. Dabei spielte die Sorge vor einem Bürgerkrieg oder umgekehrt die Überzeugung, daß der Neubau des Staates auf ein dauerhaftes, klassen-überspannendes Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum gegründet werden müsse, eine hervorragende Rolle. Mögen an der Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Entscheidung Zweifel bestehen, die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Bürgerschaft brachten den Mehrheitssozialdemokraten jeweils die absolute Mehrheit, mithin die Legitimation einer Massenbasis. Freilich setzte die Landespartei ihre neuerworbene Macht maßvoll, fast schüchtern ein: Zwar schuf sie eine neue Hamburger Verfassung, wodurch sie — man erfährt es eher nebenbei — das Verhältnis von Senat und Bürgerschaft parlamentarisierte, doch besetzte sie darauf nur die Hälfte der Senatssitze und ließ im übrigen Organisation und Zusammensetzung der Verwaltungsbehörden unangetastet. Der Verzicht auf systematische Demokratisierung und der Rückgriff auf das angeblich unpolitische Expertentum der alten Bürokratie lassen sich etwa am Beispiel der Ham-

burger Polizei, einem Auffanglager für ehemalige Freikorps- und Reichswehrangehörige, überzeugend aus dem Mangel an Führungskräften für den höheren Verwaltungsdienst und ihrem notdürftigen Ersatz durch Autodidakten aus Partei- und Gewerkschaftsapparat erklären. Der erste sozialdemokratische Polizeisenator, ein gelernter Maurer und Gewerkschaftssekretär, dessen »guter Wille und anständige Gesinnung« seine organisatorischen Fähigkeiten übertrafen, war seiner Aufgabe nicht gewachsen und mußte bald abgelöst werden. Sein Nachfolger, ein ehemaliger Volksschullehrer, schlug sich kaum besser. Dem somit fast ungehinderten Fortwirken der alten staatstragenden und gesellschaftsordnenden Gewalten entsprach ein auffälliger Immobilismus in der Binnenstruktur der Hamburger Polizei. In einer wohl gelungenen sozialgeschichtlichen Querschnittanalyse von Parteivorstand, Bürgerschaftsfraktion, Mitgliedschaft und Wähleranhang kann der Verfasser die schon von Richard A. Comfort vorgetragene Beobachtung bestätigen, daß die »geschlossene Gesellschaft« der wechselseitig verflochtenen Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, aufgestiegen aus dem engen Kreis hochqualifizierter Facharbeiter und der Berufspraxis schon fast entfremdet, in der überwiegend zum Linksradikalismus neigenden, vielfach ungelerten Arbeiterschaft der wachsenden Industrie nur geringe Gefolgschaft rekrutieren konnte, während andererseits auch eine so betont hanseatische Figur wie Otto Stolten die psychologischen Hemmnisse der bürgerlichen Schichten gegen die Arbeiterpartei nicht dauerhaft abzubauen vermochte. Die darum schon 1924 vom sozialdemokratischen Wählerschwund diktierte Große Koalition in der Bürgerschaft, zu der auch ein drei Jahre später rein rechnerisch möglicher, offiziell sondierter, aber an kommunistischer Intransigenz gescheiterter »Arbeitersenaat« aus SPD und KPD niemals eine echte Alternative bot, bestimmte hinfort offen oder latent die Haltung der Hamburger Sozialdemokratie. Folglich stieß der von der Reichstagsfraktion mitverschuldete Bruch des Kabinetts Müller auf unüberhörbare, von Parteisolidarität mühsam gedämpfte Kritik; folglich wurde in den ersten Tagen nach der Septemberwahl 1930 die sich abzeichnende Tolerierungspolitik als »Verantwortung ohne Macht« entschieden abgelehnt und statt dessen alle Hoffnung auf Otto Braun und sein Konzept einer »Großen Koalition aller Vernünftigen« gerichtet — ob unter Einschluß seiner Reichsreformpläne, bleibt leider offen.

Wenngleich die Parteiführung in der Hansestadt, insbesondere für ihren unmittelbaren Einflußbereich, an der Überzeugung festhielt, daß eine sozialdemokratische Beteiligung an einer stetig und auf lange Sicht die Verwaltungsgeschäfte führenden Regierung den besten Schutz gegen eine Zersetzung der Republik und die demagogischen Angriffe der radikalen Parteien rechts und links darstelle, so hatte sie doch keine andere Krisentherapie anzubieten, als analog zur Reichsregierung durch rigorose Sparsamkeit, praktiziert etwa beim Hamburger Nachtragshaushalt im Sommer 1931, die Staatsfinanzen im Gleichgewicht zu halten. »Fraglos war die Aufgabe schwer«, philosophiert der Verfasser, »vielleicht damals schon nicht mehr lösbar«, doch habe die Sozialdemokratie, wie sie nach der Revolution »aus Mangel an politischer Phantasie, an Mut auch zum Risiko« auf eine tiefgreifende Reform von Staat und Gesellschaft verzichtet habe, auch jetzt wieder wie gebannt ausschließlich auf die Schwierigkeiten gestarrt, »ohne die Möglichkeiten, die für eine politische Lösung der Probleme trotz allem noch immer vorhanden waren, überhaupt zu prüfen« (S. 119). Das beharrliche Festhalten an verbliebenen staatlichen Machtpositionen, zuletzt unter großen ideellen Opfern, um das »Erreichte« nicht zu gefährden, kann jedoch nicht einfach als politische Konzeptionslosigkeit gedeutet werden, solange nicht die konkreten Inhalte sozialdemokratischer Hauspolitik im Stadtstaat Hamburg beleuchtet werden.

Der außerparlamentarische Kampf gegen den aufsteigenden Nationalsozialismus, dessen massenpsychologische und totalitäre Dynamik eigentlich nie recht begriffen wurde, spielte

sich vorrangig in intellektuellen Propagandaformen ab, während das geschäftige Organisieren der Eisernen Front, der Roten Pionierketten und gewerkschaftlichen Hammschaften teils zur Demonstration der eigenen Stärke und Geschlossenheit diene, teils als Umgang mit einem wesensfremden Bürgerkriegsinstrumentarium suspekt blieb. Das angebliche Warten auf ein Signal aus der Berliner Zentrale lieferte dann auch nur ein selbstgerechtes Alibi dafür, daß das vielgerühmte »Losschlagen« unterbleiben konnte. Insgesamt hat der Verfasser bei seiner Untersuchung von Zerfall und Zerschlagung der Partei in Hamburg nur jene Verhaltensmuster wiedergefunden, die die fleißig zitierten Forschungen von Matthias, Bracher, Rohe u. a. bereits bloßgelegt haben. Daran knüpfen sich methodische Zweifel, ob nicht etwa fertige Interpretationsraster vorschnell einem Stoff ohne Rücksicht auf etwaige eigene Gestaltungselemente aufgedrückt wurden. Immerhin sind in der sehr verdienstvollen und flüssig geschriebenen (allerdings schlampig korrekturgelesenen) Studie die Konturen einer historischen Landkarte der Hamburger Sozialdemokratie sichtbar geworden, wenn auch im Inneren noch manche unerschlossene Region Aufgabe weiterer Forschung bleibt.

Dieter Rebentisch